



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Haagerstr. 14, D-79539 Lörrach

An die

Örtliche Presse



JOSHA FREY

Mitglied des Sozialausschuss

Europapolitischer Sprecher

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon (0711) 2063-645
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Haager Str. 14
79539 Lörrach
Telefon (07621) 5839520
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: wahlkreisbuero@josh-frey.de

Lörrach, den 14.05.14

Pressemitteilung

Joshua Frey (MdL GRÜNE): Grün-rote Landesregierung legt Eckpunkte zur Stärkung der direkten Demokratie in den Kommunen vor

Rechte des Gemeinderats werden gestärkt

Die Verankerung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ist das Ziel der nun vorgelegten Eckpunkte zur Änderung des Kommunalverfassungsrechts.

Joshua Frey (MdL GRÜNE): „Die Eckpunkte, welche federführend von den Regierungsfractionen ausverhandelt wurden, zeigen, dass wir uns in Baden-Württemberg in Sachen direkter Demokratie im Bundesländervergleich von den hintersten Plätzen ins vordere Drittel bewegt haben.“

Durch folgende Änderungen auf Ebene der Kommunen wird die direkte Demokratie in den Städten und Gemeinden ausgebaut:

Das Zulassungsquorum eines Bürgerbegehrens wird von 10 % der Bürger auf 7 % abgesenkt. Das Quorum für das Zustandekommen eines Bürgerentscheids wird von 25 % der Stimmberechtigten auf 20 % abgesenkt. Vom sog. „Negativkatalog“ der Gemeindeordnung wird nun die Einleitung des Bauleitplanverfahrens ausgenommen. D.h. über diesen kann ein Bürgerentscheid stattfinden. Bislang war das in Baden-Württemberg nicht möglich.

Die Frist für die Sammlung von Unterschriften bei Bürgerbegehren gegen einen Gemeinderatsbeschluss wird von 6 Wochen auf 12 Wochen ab Bekanntgabe des Gemeinderatsbeschlusses erweitert.

Daneben wird die Rolle des Gemeinderats und der Fraktionen aufgewertet und mit mehr Rechten ausgestattet. So werden die gesetzlichen Minderheitsquoten für Anträge auf die Einberufung einer Sitzung, Aufnahme eines Tagesordnungspunktes oder Unterrichtung durch den Bürgermeister von einem Viertel auf ein Sechstel der Gremiumsmitglieder abgesenkt. Die Fraktionen können in Zukunft die Einberufung einer Sitzung und die Aufnahme eines Tagesordnungspunkts beantragen.

Die Stärkung der Transparenz in den Kommunen ist ein weiterer Schwerpunkt. So sollen künftig Vorberatungen von Ausschüssen öffentlich stattfinden sowie Sitzungsunterlagen mindestens sieben Kalendertage vor der Sitzung übersandt werden.

Joshua Frey (MdL GRÜNE): „Die Rolle des Gemeinderats sowie die Arbeit der einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wird somit transparenter und gestärkt.“

Mit freundlichen Grüßen

J. Frey
MdL